

**Europäisches Fachgespräch**  
**Demografische und familienpolitische Diskurse  
und Politikpraxen in Europa**  
**17. November 2025 in Berlin**

**Dokumentation**

- 1. Kurzfassung zentraler Ergebnisse**
- 2. Hintergrund**
- 3. Demografischer Wandel in Europa. Zwischen sinkenden Geburtenraten, steigender sozialer Ungleichheit und politischem Handlungsbedarf**
- 4. Muster der Demografiepolitik und des demografischen Diskurses in Europa**
- 5. Die Europäische Union und ihre Strategie zum Umgang mit dem demographischen Wandel**
- 6. Familienpolitische und demografische Politiken und ihren Implikationen in EU-Staaten**
- 7. Abschluss – Den demografischen Wandel familiengerecht und inklusiv gestalten**



## Kurzfassung zentraler Ergebnisse

### Die demografische Entwicklung nicht nur quantitativ betrachten

Der demografische Wandel ist nicht nur eine Frage von Geburtenraten und Altersstrukturen, sondern eng mit sozialen Ungleichheiten, Lebenschancen, kulturellen Leitbildern und politischen Entscheidungen verknüpft.

### Soziale Ungleichheit prägt demografische Entwicklungen maßgeblich

Chancen zur Familiengründung und zur Realisierung von Kinderwünschen sind ungleich verteilt. Bildung, Einkommen, Geschlecht und Herkunft beeinflussen demografische Entscheidungen erheblich. Familien- und Demografiepolitik sind daher untrennbar mit Sozialpolitik verbunden.

### Lücke zwischen Kinderwunsch und realisierter Familiengröße

In vielen europäischen Ländern liegt die tatsächliche Kinderzahl deutlich unter den geäußerten Kinderwünschen. Diese „Reproduktionslücke“ verweist auf strukturelle Hindernisse für Familiengründung.

### Zeitpunkt der Familiengründung gewinnt an Bedeutung

Der Rückgang der Geburtenraten hängt wesentlich mit der Verschiebung der Familiengründung in spätere Lebensphasen zusammen. Politische Strategien müssen daher stärker darauf ausgerichtet werden, frühere Familiengründung zu ermöglichen.

### Bündel struktureller Rahmenbedingungen ist entscheidend

Es sollte weniger auf isolierte finanzielle Anreize als auf verlässlichen Rahmenbedingungen: bezahlbarer Wohnraum, stabile Erwerbsperspektiven, Zugang zu Kinderbetreuung und soziale Sicherheit gesetzt werden.

### Konvergenz der familienpolitischen Ansätze in Europa

Unterschiedliche politische Traditionen in Europa nähern sich zunehmend an. Sowohl infrastrukturelle Maßnahmen (z. B. Kinderbetreuung) als auch finanzielle Leistungen werden als notwendig anerkannt. Die konkrete Ausgestaltung bleibt jedoch jeweils unterschiedlich.

### Exkludierende Narrative in demografischen Diskursen

Es finden sich weiterhin Argumentationsmuster, die Familienformen oder migrantische Gruppen nach Nützlichkeitskriterien bewerten oder hierarchisieren. Diese Tendenzen sind demokratiefeindlich und sozialpolitisch problematisch.

### Gefahr der Instrumentalisierung demografischer Argumente

Demografische Entwicklungen werden teilweise genutzt, um restriktive oder ausgrenzende politische Positionen zu legitimieren. Eine solche Instrumentalisierung untergräbt eine sachliche und inklusive Debatte.

### Notwendigkeit eines positiven und inklusiven Narrativs

Neben strukturellen Maßnahmen ist ein positives gesellschaftlichen Leitbild wichtig, das Familienvielfalt anerkennt und die Entscheidung für Kinder unterstützt, ohne normativ zu verengen oder zu moralisieren.

## Hintergrund

Der demografische Wandel stellt die Gesellschaften in Europa schon seit Langem vor tiefgreifende und langfristige Herausforderungen. In nahezu allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wird intensiv über sinkende Geburtenraten, eine alternde Bevölkerung und die Folgen für den Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme und den gesellschaftlichen Zusammenhalt diskutiert. Dabei stehen häufig Fragen nach geeigneten politischen Strategien zur Bewältigung dieser Entwicklungen im Vordergrund. Die öffentliche Diskussion spiegelt dabei recht unterschiedliche Problemwahrnehmungen und Vorstellungen zur gesellschaftlichen Bearbeitung der Folgen des demografischen Wandels wider.

Diese Debatten sind jedoch nicht nur quantitativer Natur. Sie berühren grundlegende normative Fragen darüber, welche demografischen Entwicklungen als wünschenswert gelten und welche gesellschaftlichen Leitbilder ihnen zugrunde liegen. So geht es nicht nur um Zahlen und Trends, sondern auch um Vorstellungen von Familie, Elternschaft, Erwerbsarbeit und Zugehörigkeit. In diesem Zusammenhang werden implizit oder explizit Bewertungen darüber vorgenommen, welche Familienformen gefördert werden und welche Bevölkerungsgruppen als gesellschaftlich erwünscht gelten.

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche europäische Staaten demografische Strategien und familienpolitische Maßnahmen entwickelt, die häufig darauf abzielen, die Geburtenraten zu stabilisieren oder zu erhöhen. Die Ausgestaltung dieser Maßnahmen unterscheidet sich jedoch erheblich – ebenso wie die ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Leitbilder. Während einige Ansätze auf strukturelle Verbesserungen von Lebensbedingungen, wie zum Beispiel die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit, zielen, setzen andere stärker auf finanzielle Anreize oder appellative Politiken.

Gleichzeitig zeigen sich in den demografischen und familienpolitischen Diskursen in Europa wiederkehrend exkludierende oder selektive Argumentationsmuster. So werden etwa Migration und Familiengründung häufig unter Nützlichkeits- oder Herkunftsaspekten diskutiert („hochqualifizierte“ versus „niedrigqualifizierte“ Zuwanderung, „erwünschte“ versus „unerwünschte“ Gruppen und Herkunftsregionen). Auch familienpolitische Maßnahmen können implizit bestimmte Familienformen privilegieren, während andere – etwa Alleinerziehende, vielfältige Lebensgemeinschaften oder migrantische Familien – weniger berücksichtigt werden. Solche Engführungen stehen im Spannungsverhältnis zur tatsächlichen Vielfalt von Familien in Europa.

Vor diesem Hintergrund verfolgte das Europäische Fachgespräch zwei zentrale Zielsetzungen: Zum einen sollte ein Austausch über demografische Entwicklungen und politische Strategien in europäischen Staaten ermöglicht werden, insbesondere über Maßnahmen zur Unterstützung von Familien im Zusammenhang mit Demografiepolitiken. Zum anderen sollten die zugrundeliegenden demografischen und familienpolitischen Diskurse kritisch analysiert werden – insbesondere im Hinblick auf ihre normativen Annahmen und mögliche exkludierende Wirkungen.

Unterschiedliche Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft aus verschiedenen europäischen Ländern zusammen machten Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den politischen Ansätzen sichtbar, diskutierten die Wechselwirkungen von Demografie, Familienpolitik und sozialer Ungleichheit sowie Ideen für eine inklusive, diversitätssensible und langfristig tragfähige europäische Familien- und Demografiepolitik.

## Demografischer Wandel in Europa. Zwischen sinkenden Geburtenraten, steigender sozialer Ungleichheit und politischem Handlungsbedarf

Dr. Nicole Hiekel, Max-Planck-Institut für Demografische Forschung



Nicole Hiekel betonte, dass der demografische Wandel nicht nur Bevölkerungszahlen und -strukturen betreffe, sondern auch eine Frage der gesellschaftlichen Werte, sozialen Normen und Politik sei. Die heterogenen demografischen Entwicklungen in Europa sei verbunden mit unterschiedlichen Vorstellungen über Familienleben, unterschiedlich stark ausgeprägter sozialer Ungleichheit und unterschiedlichen Pfaden der Demografie- und Familienpolitik.

Ein grundlegender europäischer Trend bei gleichzeitiger nationaler Heterogenität im Verlauf zeige sich am Beispiel der Fertilität. Von 1970 bis 2023 seien die Geburtenraten in der EU 27 stark zurückgegangen, von 2,3 auf 1,38 Kinder pro Frau. In manchen EU-Staaten setzte der Rückgang sehr früh ein, in anderen recht spät. Demografische Entwicklungen reagierten auf institutionelle, kulturelle und wirtschaftliche Bedingungen und damit auch auf politische Veränderungen.

Eine prägende Entwicklung der letzten Jahrzehnte sei die Verschiebung des Alters der Mütter bei der ersten Geburt. So bekämen die Mütter jüngerer Jahrgänge in allen europäischen Staaten später Kinder als ihre Vorgängerinnen. Diese Verschiebung sei in nördlichen EU-Ländern früher und in südlichen später erfolgt. Die Vertagung des Kinderwunsches gehe einerseits auf individuelle Präferenzen zurück, befördert etwa aufgrund höherer Bildung; anderer-

seits lägen der Verschiebung aber auch externe Einschränkungen (z.B. befristete Jobs und Wohnungsmangel) zugrunde. Jedoch hätte der Aufschub der Familienplanung biologische und soziale Grenzen, womit sich das Zeitfenster für Geburten verenge und die durchschnittliche Kinderzahl sinke.

Eine weitere zentrale demografische Veränderung sei die Alterung der Bevölkerung. So sei die Lebenserwartung seit den 1960er Jahren um mehr als zehn Jahre angestiegen. Dies stelle eine Erfolgsgeschichte dar. Jedoch ändere sich damit, in Verbindung mit niedrigen Geburtenraten und den bisherigen Migrationssalden, auch die Altersstruktur der Bevölkerung. Auch bei einer stabilen Zuwanderung sinke die absolute Bevölkerungszahl in der EU in Zukunft.

Die Bevölkerungsstruktur entwickle sich allerdings in der EU-Staaten meist in die gleiche Richtung, jedoch gebe es auch Unterschiede. So steige gemäß Prognosen von Eurostat in der EU bis 2070 der Altenquotient ab 85 Jahren (das Verhältnis von wirtschaftlich Abhängigen ab 85 Jahren aufwärts zur Erwerbsbevölkerung (20-64 Jahre)). Dieser Anstieg falle jedoch im Süden der EU deutlich stärker aus als in den anderen Regionen. Anders als bei anderen demografischen Trends konvergierten die EU-Staaten hier nicht, sondern sie entwickelten sich auseinander. Umgekehrt sinke in der EU der Anteil der Erwerbsbevölkerung. Dies erfolge im Norden und Westen der EU allmählich, im Süden und Osten jedoch schneller.

Nicole Hiekel betonte, dass es aber auch Trends wie die Zunahme der Bildung gebe. Mit der höheren Bildung gehe ein längeres Leben mit einer besseren gesundheitlichen Situation einher. Dies erlaube es einer steigenden Zahl von Menschen, länger am Berufsleben teilzunehmen. Die Partizipation der Über-50-Jährigen am Arbeitsleben steige bereits. Befördert wurde dies in vielen Staaten allerdings auch durch politische Maßnahmen wie der Erhöhung des Rentenalters. Auch die Berufstätigkeit von Frauen,

insbesondere von Müttern und älteren Frauen, sei in Europa deutlich angestiegen. Gleichwohl seien Frauen weiterhin oft in befristeten oder schlecht bezahlten Jobs tätig.

Auch in anderer Hinsicht, so Nicole Hiekel, stünden die demografischen Entwicklungen im Kontext sozialer Ungleichheit. Die Auswirkungen der demografischen Entwicklungen seien für die Menschen durch ihre Klassen-, Geschlechter- und Generationenlage geprägt. So seien zum Beispiel der Chancen der Gestaltung der Familiengründung ungleich verteilt. In den EU-Staaten variere das Alter von Frauen bei ihrer ersten Geburt nach ihrem Bildungsgrad um etwa fünf Jahre. Frauen mit Hochschulbildung hätten offenbar mehr Möglichkeiten, die Geburt ihres ersten Kindes zu verschieben, als weniger privilegierte Frauen.

Weitere zentrale Themen sozialer Ungleichheit im Bereich der Familien seien

- die Reproduktionslücke – die Lücke zwischen der Zahl der gewünschten und der tatsächlichen Kinder –, die für Frauen mit höherer Bildung am größten sei und
- die Art, in der Familienarbeit erfolgt. So ginge bekanntermaßen die ungleiche Verteilung unbezahlter Sorgearbeit in allem EU-Ländern zu Lasten der Frauen.
- Außerdem zeige sich in allen EU-Staaten bei armen oder armutsgefährdeten Familien ein hohes Risiko der „Vererbung“ / Weitergabe von Armut an die nächste Generation.

Es dürfe in der Debatte zu demografischen Herausforderungen nicht vergessen werden, dass diese in sozialer Ungleichheitsstrukturen eingebettet seien. Die Möglichkeiten zur Familiengründung, zum ge-

deihlichen Familienleben und zur Planung einer Zukunft mit Kindern hänge von den zur Verfügung stehenden Ressourcen und entlastenden Strukturen ab. Soziale Ungleichheiten und vorhandene bzw. fehlende familienentlastende Strukturen beeinflussten die Familiengründung und die Geburtenrate. Aus diesem Grund könne die Familien- und Demografiepolitik nicht von der Sozialpolitik getrennt werden.

In Europa seien öffentliche demografische Diskurse häufig von einer starken Zuspitzung geprägt: Entweder dominierten Niedergangsszenarien – mit Verweisen auf sinkende Geburtenzahlen, kleinere Familien und eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung – oder es würden vor allem Fortschritte betont, etwa längere Lebenserwartung, steigende Bildungsniveaus sowie die Vielfalt von Lebens- und Familienformen.

Eine integrative, auf Vielfalt ausgerichtete Familienpolitik würde in diesem Zusammenhang jedoch einen Perspektivwechsel erfordern: von der reinen Betrachtung von Kennzahlen zu den gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sich Menschen für Kinder entscheiden und Familie leben können. Im Mittelpunkt stünde nicht das Zählen von Geburten, sondern die Frage, wie Rahmenbedingungen gestaltet sein müssen, damit Menschen – unabhängig von Geschlecht, Einkommen oder Herkunft – Kinder bekommen und großziehen können und wollen. Dazu gehöre auch, sowohl bezahlte als auch unbezahlte Sorgearbeit als zentrale gesellschaftliche Infrastruktur für demografische Nachhaltigkeit anzuerkennen und entsprechend zu stärken.

Der demografische Wandel wäre dann nicht primär als Rückgang zu interpretieren, sondern als Ausdruck tiefgreifender gesellschaftlicher Transformationen und als Spiegel veränderter sozialer Strukturen, Geschlechterverhältnisse und Lebensverläufe.

## Muster der Demografiepolitik und des demografischen Diskurses in Europa

**Prof. Dr. Anna Rotkirch, Population Research Institute, Family Federation of Finland**



Auf die Frage „Sind niedrige Geburtenraten ein Grund zur Sorge?“, so Anna Rotkirch, seien in den demografischen Diskursen bis vor einigen Jahren noch sehr unterschiedliche Antworten gegeben worden: Lange Zeit sei die vorherrschende Antwort gewesen, dass die gesellschaftliche Alterung etwas Gutes sei, es mehr Entscheidungsmöglichkeiten bei reproduktiven Angelegenheiten gebe und nur ein paar Anpassungen an die neue Bevölkerungsstruktur vorgenommen werden müsse. Das Problem dieses Diskurses hätte jedoch darin bestanden, dass die Anpassungsanforderungen immer aus Perspektive der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts formuliert worden seien. Wenn Frauen mehr und länger arbeiteten, würden alle Probleme gelöst werden.

Sie erläuterte, dass in einer späteren Phase der Debatte die Alarmglocken aufgrund des Geburtenrückgangs zu läuten begonnen hätten. Es seien dann überwiegend Bedrohung und Risiken des demografischen Wandels für die Gesellschaften und Wirtschaft betont worden.

Heute gebe es zunehmend eine Konvergenz der Diskurse: In beiden „Lagern“ werde festgestellt, dass die niedrigen Geburtenraten weder aus sozialer oder wirtschaftlicher Perspektive nachhaltig seien. Klar sei, dass etwas unternommen werden müsse und dass es gemeinsame und konstruktive Lösungen sein müssten.

Die Annäherung zwischen zuvor gegensätzlichen Standpunkten zeige sich auch in den Berichten des

Bevölkerungsprogramms der Vereinten Nationen (UNFPA). Während sich diese zuvor vor allem auf den Zugang zu Verhütungsmitteln und Geburtenkontrolle konzentrierten, verlagere sich das Verständnis nun auf die Tatsache, dass fast 20 % der Familien weltweit weniger Kinder haben, als sie sich wünschten. Die reale Fertilitätskrise solle daher in erster Linie als ein Versagen bei der Erfüllung reproduktiver Rechte und Wünsche verstanden werden, so der Bericht von UNFPA. Zudem wies Anna Rotkirch auf zwei Publikationen hin, die die unterschiedlichen Ansätze beispielhaft aufzeigten: Zum einen das Buch von Berger Skilbeck „Decline and Prosper“ und zum anderen Dean Spears mit seinem Buch „The Risks of Global De-population and the Case for People“. Insgesamt herrsche in der Wissenschaft mittlerweile trotz unterschiedlicher Einschätzungen der Folgen des Bevölkerungsrückgangs weitgehend Einigkeit darüber, dass eine Geburtenrate zwischen 1,5 und 1,9 eine stabilisierende Wirkung haben würde. Der aktuelle Trend liege jedoch deutlich unter diesem Niveau.

Die Hauptursachen für den Rückgang seien die verzögerte oder ausbleibende Familiengründung, verbunden mit einer „Beziehungsrezession“, die durch spätere Eheschließungen und instabilere Partnerschaften gekennzeichnet sei und oft dazu führe, dass sich das biologische Zeitfenster für die Familiengründung schließe. Dies führe auch zu sozialer Ungleichheit, da Personen mit mehr Ressourcen eher die gewünschte Familiengröße erreichen könnten. Insbesondere bei hochgebildeten Frauen liege das von ihnen eingeschätzte ideale Alter für die Mutterschaft jedoch tendenziell unter dem tatsächlichen Alter der ersten Geburt. Mutterschaft werde nicht aus eigenen Wünschen bewusst aufgeschoben, sondern sie bekämen ihr erstes Kind aus strukturellen Gründen später, als sie es eigentlich wollten.

Auch hinsichtlich der politischen Maßnahmen zeige sich eine Annäherung zwischen ehemals gegensätzlichen politischen Lagern. Während sozialdemokratische Positionen traditionell staatliche Kinderbetreuung zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen

betonten und konservative Ansätze eher auf private Verantwortung und monetäre Barleistungen setzen, gebe es nun einen Konsens über die Notwendigkeit staatlicher Unterstützung. Auch in konservativ regierten Staaten, etwa in Großbritannien oder Italien, werde mittlerweile die Bedeutung öffentlicher Kinderbetreuung und staatlicher Interventionen zur Senkung von Wohn- und Lebenshaltungskosten für Familien anerkannt. Auf der anderen Seite würden Geldleistungen für Familien zunehmend an Akzeptanz gewinnen. Ein wesentlicher Grund für diese konvergierenden Tendenzen sei, dass mittlerweile wesentlich mehr hochwertige Forschungsergebnisse vorliegen würden. Diese belegten, dass formale Kinderbetreuung, elterliche Freistellungen und universelle Geldtransferleistungen die Fertilität steigern könnten.

Interessanterweise gebe es jedoch keinen nachweisbaren Zusammenhang zwischen einer höheren Geburtenrate und Väterausscheiden, allgemeiner Geschlechtergerechtigkeit oder dem verstärkten Einsatz künstlicher Befruchtung; letztere könne durch das Nähren unrealistischer Erwartungen bezüglich eines späteren Kinderwunsches sogar zu ungewollter Kinderlosigkeit beitragen.

Anna Rotkirch hob die Bedeutung der Verschiebung des Kinderwunsches hervor. Die Familienpolitik müsse daher zwei Säulen haben: 1. Die Erwachsenen-Säule: die traditionelle Familienpolitik, unter anderem mit Familienleistungen, Kinderbetreuung usw. (wie es in Deutschland und den nordischen Ländern getan werde). 2. die Familiengründungssäule: Die Unterstützung der Familiengründung früher im Lebenslauf. In Skandinavien gäbe es zum Beispiel finanzielle Anreize für Eltern unter 30 Jahren sowie eine bessere Vereinbarkeit von Studium und Elternschaft, um die Reproduktion in biologisch günstigeren Lebensphasen attraktiver zu gestalten.

## Diskussion zum ersten Panel

Angesichts des bereits sehr lang andauernden Diskurses über die Fertilitätskrise wurde angeregt, die historische Verlaufsperspektive zu betrachten. So seien einige Trends, die aktuell als nicht nachhaltig gelten, ursprünglich als Gewinn angesehen worden. Die Verschiebung der ersten Geburt sei ursprünglich oft als mehr Handlungsfähigkeit im Leben von

Frauen interpretiert worden. Dennoch liege in der Verschiebung von Geburten sowohl eine Dimension der Handlungsmöglichkeit als auch eine Dimension der Einschränkung. Zwischen diesen gebe es jedoch unterschiedlich weite Spielräume und Einschränkungen, die sich unter anderem über den sozioökonomischen Status definieren.

Die Bewertung des demokratischen Wandels blieb auch in der Diskussion trotz aller Konvergenzen unterschiedlich. So wurde zum einen hervorgehoben, dass dieser Wandel zu wirtschaftlichen und sozialstaatlichen Verwerfungen führen könne. Außerdem gäbe es negative Effekte hinsichtlich der politischen Vertretung der Interessen von jungen Menschen. Diese Aspekte seien in den vergangenen Jahren zu kurz gekommen, weil vor allem die hohe Anpassungsfähigkeit europäischer Gesellschaften und potenziell positive Aspekte hervorgehoben worden seien.

Gleichzeitig dürfe nicht in ein Paniknarrativ verfallen werden, da dies schnell zu unerwünscht moralisierenden Debatten führen könne. Es ginge also bei der Darstellung des demografischen Wandels darum, einen konstruktiven Debattenraum zu öffnen und anzuerkennen, dass viele demografische Entwicklungen zunächst einmal aus einer Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten entstanden seien.



Notwendig sei es beispielsweise, die Rahmenbedingungen für eine frühe Mutterschaft schon während des Studiums zu verbessern, Kinder nicht als ein privates Problem zu betrachten und so insgesamt Handlungsoptionen für eine frühe Elternschaft zu verbessern. Moralische Appelle seien wenig hilfreich.

Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung die intendierten Kinderwünsche von 18- bis 25-jährigen Frauen auf 1,9 pro Frau beziffere. Die realisierten Kinderwünsche lägen deutlich darunter. Auch in den anderen europäischen Gesellschaften sei zu beobachten, dass die Ideale höher seien als die Absichten und die Absichten höher seien als die tatsächliche Anzahl der Kinder. Es wurde darauf hingewiesen, dass eine unideologische Herangehensweise nötig sei, die sowohl Frauen ohne Kinderwunsch respektiere als auch für Frauen, die medizinische Unterstützung zur Realisierung des Kinderwunsches benötigten, Unterstützung ermögliche. Die Gesellschaft müsse

jungen Menschen aber auf jeden Fall ermöglichen individuelle Voraussetzungen für die Gründung von Familien, wie eine Wohnung, eine Ausbildung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen.

Angesprochen wurde auch die Wirkung von Elterngeld auf die Geburtenrate. In Deutschland gebe es dazu eine Debatte, weil einige Wirtschaftsexpert:innen Elterngeld als Haushaltsposten mit Potential für Einsparungen bezeichnet hatten.

## Die Europäische Union und ihre Strategie zum Umgang mit dem demographischen Wandel

### Marco La Marca, Kabinett von Dubravka Šuica, Kommissarin für den Mittelmeerraum



Marco La Marca betonte, dass Europäischen Kommission unter der Präsidentschaft von Ursula von der Leyen das Thema Demografie als eine horizontale Politikaufgabe betrachte. Es gebe eine Kommissarin für Demografie, einen Kommissar für Generationengerechtigkeit und einen Kommissar für Gesundheit, zu deren Aufgabenbereich auch gesundes Altern gehöre. Das Mandat von Kommissarin Dubravka Šuica, deren Kabinett er selbst angehöre, umfasse Initiativen zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung und Investitionen in Qualifikationen, um dem Rückgang der Erwerbsbevölkerung entgegenzuwirken. Dieser sei im Draghi-Bericht als Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der EU hervorgehoben worden. Eine weitere Aufgabe bestehe darin, die Angemessenheit und Nachhaltigkeit der sozialen Sicherung zu festigen, denn der demografische Wandel habe enorme Auswirkungen auf unser Sozialmodell und unsere Rentensysteme. Daraus ergäben sich einige wirtschaftliche und soziale Herausforderungen, da die Systeme entsprechende Anpassungen benötigten. Hier wäre eine offene Diskussion zu den notwendigen Maßnahmen und Folgen wichtig.

Für die Europäische Kommission sei es wichtig, Ansätze im Zusammenspiel von Demografie und weiteren Themen zu finden. Dies gelte insbesondere vor dem Hintergrund der Gründe für die niedrige Geburtenrate. Als ein zentrales Thema hätte die Kommission „Wohnen“ identifiziert, wo sie vier wichtige Aspekte identifiziert hat, die politisches Handeln

erforderten: verfügbarer Raum für Familienwachstum, bezahlbarer Wohnraum für Studierende, altersgerechte Gestaltung von Wohnraum und diskriminierungsfreier Zugang zu Mietmärkten.

Darüber hinaus plane die Kommission eine Strategie für generationenübergreifende Fairness. Diese werde derzeit erarbeitet und solle Anfang nächsten Jahres veröffentlicht werden. Mit ihr solle die Kommunikation zwischen den Generationen gestärkt werden. Sie solle zudem darauf hinarbeiten, dass die Interessen sowohl der gegenwärtigen als auch der zukünftigen Generationen in der politischen Gestaltung respektiert werden. Diese solle als ressortübergreifende Plattform dienen, um alle Politikbereiche auf faire Teilhabe auszurichten. Details zur praktischen Ausgestaltung stünden noch aus, würden aber eng mit der kommenden Strategie zur Armutsbekämpfung verknüpft.

Die Kommission habe außerdem zwei Demografieberichte erstellt und bereite aktuell den dritten für 2026 vor. Ebenso hätte sie ein Grünbuch zum Thema Altern herausgegeben, dem die Europäische Pflegestrategie gefolgt sei. Der Care-Arbeit komme eine zentrale Rolle zu. Die Messung von Wohlstand vorwiegend über das BIP, führe dazu, dass unbezahlte Sorgearbeit und die damit verbundene Benachteiligung (meist von Frauen) unsichtbar blieben. Ein künftiger „European Care Deal“ solle hier ansetzen.

Ein Herzstück der Arbeit zum Themenfeld sei die Demografie-Toolbox, die den demografischen Wandel als multidimensionales Problem begreife. Da die Prioritäten der Mitgliedstaaten stark variierten – von nachhaltigen Renten (Italien) über ländliche Entvölkerung (Spanien) bis hin zu Wohnraummangel (Niederlande) – biete die Toolbox einen flexiblen Rahmen auf Basis von vier Säulen. Für jede dieser Säulen schlage die Kommission eine Reihe von Maßnahmen auf EU-Ebene vor, die mit nationalen Maßnahmen kombiniert werden müssten, denn hier könne die EU nichts alleine tun:

- Familien (Unterstützung bei der Vereinbarkeit

- von Beruf und Privatleben)
- junge Menschen (Talententwicklung und Bekämpfung des Brain-Drains in strukturschwachen Regionen)
- ältere Generationen (Förderung gesunden Alterns und Bekämpfung von Einsamkeit)
- legale Migration (Steuerung durch Talent-Partnerschaften zur Erleichterung der Integration).

Marco La Marca hob hervor, dass demografische Resilienz u.a. die stärkere Fokussierung auf die Ressourcen von Kindern umfasse. Dies werde daher zum Beispiel auch in der Europäischen Garantie für Kinder angesprochen. Die Kommission befasse sich auch mit Einsamkeit und mentaler Gesundheit, wobei die Kommission hier vor allem auf die Sammlung von Daten zu sammeln eingeschränkt sei.

Zum Thema Migration betonte er, dass das Thema politisch konstruktiver behandelt werden müsse. Er wies auf die zunehmend negativen und migrationskritischen Debatten hin. Dennoch könne Migration lediglich eine vorübergehende Lösung für unsere demografischen Probleme sein. Für die Kommission sei beispielsweise die Förderung von Talentpartnerschaften ein wichtiges Projekt. Darüber hinaus wies er auf das auf Regionen bezogene „Recht auf Verbleib“ (Right to Stay) hin, das im Letta-Report vorgeschlagen worden sei, um territoriale Disparitäten und Fachkräfteschwund innerhalb der EU zu mindern.

Auch die Europäische Kommission sehe den Zusammenhang von höherer Bildung und späterer Elternschaft. Lösungen für den Umgang damit sehe er in einem ausgewogenen Mix, der strukturelle Nachteile von Mutterschaft in hochqualifizierten Beschäftigungsfeldern abbaue, Wege zurück in die Arbeitswelt nach Mutterschaft erleichtere, aber auch persönliche Präferenzen und nationale Traditionen respektiere.

Abschließend wies Marco La Marca darauf hin, dass die Kommission die Demografie in ihrem Vorschlag für den Finanzrahmen 2028-2034 erfolgreich in die Sozial-, Regional-, Forschungs-, Gesundheits-

und Kulturpolitik integriert habe.

## Diskussion

Die Diskussion stellte die Umsetzung der EU-Richtlinien in verschiedenen Mitgliedstaaten und deren Einfluss auf gesellschaftliche Strukturen und die Geburtenrate in den Mittelpunkt.



Es wurde die EU-Richtlinie zur Work-Life-Balance als ein wichtiges Tool für Familien eingeschätzt. Es wäre jedoch hilfreich, wenn die Europäische Kommission die Staaten dabei unterstützen und ggf. auch den Druck erhöhen würde, diese angemessen umzusetzen.

Angesprochen wurden auch der Zusammenhang zwischen unbezahlter Pflegearbeit und den Herausforderungen der daraus resultierenden Rentenlücke. Argumentierte wurde, dass es keine gute Lösung sei, die bestehende Rentenlücke lediglich von einer Gruppe (derzeit meist Frauen) auf eine andere (z. B. arbeitende Väter) zu verschieben. Statt Lücken innerhalb des bestehenden Systems zu verlagern, müsse die gesellschaftliche Bedeutung unbezahlter Arbeit grundlegend anerkannt und neu bemessen werden.

Berichtet wurde in dem Zusammenhang von finnischen Reformbestrebungen, um die finanzielle Benachteiligung junger Familien gegenüber Rentner:innen auszugleichen.

## Familienpolitische und demografische Politiken und ihren Implikationen in EU-Staaten

### Impuls aus Italien: Prof. Dr. Manuela Stranges



Manuela Stranges berichtete, dass Italien vor einer demografischen Krise mit einer der niedrigsten Geburtenraten Europas stehe, die derzeit bei 1,18 Kindern pro Frau liege. Seit 1977 liege die Rate unter dem Reproduktionsniveau von 2,1. Das Durchschnittsalter bei der Geburt sei bis 2024 auf 32,6 Jahre gestiegen, was zu einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung von Frauen im gebärfähigen Alter beitrage. Ihr Land nehme damit einen Spitzenplatz der Bevölkerungsalterung ein, denn in Italien sei jede:r Vierte 65 Jahre und älter, wobei dieser Anteil innerhalb von 20 Jahren auf ein Drittel ansteigen werde.

Die italienische Regierung erkenne die Krise an. Ihre Maßnahmen beschränkten sich jedoch auf eine pronatalistische Rhetorik und eine einmalige monetäre Prämie für jede Mutter für die Geburt eines Kindes, anstatt auf nachhaltige strukturelle Investitionen in Kinderbetreuung und stabile Mütter-Beschäftigung zu setzen. Die Verantwortung für Care-Arbeiten werde an Mütter und Großmütter delegiert. Zum Teil würde argumentiert, dass man in Italien keine Kinderbetreuung bräuchte, weil es die Großeltern gebe.

Tatsächlich sei dieses Modell viele Jahre lang die prekäre Basis für die Entlastung von jungen Eltern gewesen, jedoch sei sehr unsicher, ob dies auch in Zukunft so bliebe. Aktuelle und künftige Generationen von Großeltern seien viel stärker in den Arbeits-

markt eingebunden. Dagegen machten die nationalen Ausgaben für Familie und Kindheit weiterhin lediglich 5,6 % der Sozialausgaben oder 1,62 % des BIP aus. Darüber hinaus sei die Abdeckung von Kinderbetreuungsangeboten sehr selektiv. Viele Familien seien davon ausgeschlossen.

Zudem habe es lange eine starke Fragmentierung der finanziellen Maßnahmen gegeben. Im Jahr 2022 seien jedoch alle unterschiedlichen, fragmentierten Regelungen abgeschafft und eine universelle Kinderbeihilfe eingeführt worden. Universell bedeute, dass sie allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren gewährt werde. Diese werde abhängig vom Gesamteinkommen der Familie gewährt und reiche von 50 bis 200 Euro pro Monat. Dieser Betrag sei jedoch nicht ausreichend, da die ärmsten Familien und Menschen mit einem Jahreseinkommen von insgesamt 15.000 Euro keinen wirksamen Anreiz hätten, weitere Kinder zu bekommen. Insgesamt seien die derzeitigen Maßnahmen ungenügend. Die Mutterschutzzeit liege bei fünf Monaten bei einer Lohnersatzzahlung von 80% (im öffentlichen Sektor 100%) und sei obligatorisch. Die Vaterschaftszeit sei kürzlich auf 10 Tage bei einer 100%igen Lohnersatzzahlung angehoben worden. Dessen Inanspruchnahme sei jedoch aufgrund kultureller Barrieren, traditionellen Geschlechterrollen und niedriger Löhne sehr begrenzt.

Die Kinderbetreuungsquote liege im öffentlichen Sektor bei nur 13,6 % und bei 30 %, wenn man den privaten Sektor mit einbeziehe. Der private Sektor sei jedoch kostenintensiv, sodass Familien mit geringem Einkommen keinen einfachen Zugang dazu hätten. Insgesamt gebe es sehr starke regionale Unterschiede, wobei die südlichen Regionen die niedrigste Quote aufwiesen.

Manuela Stranges kritisierte, dass die Politik eher an junge Menschen für eine Erhöhung der Geburtenrate appelliere als auf grundlegende Probleme wie Wohnraum, Jugendarbeitslosigkeit und Geschlechterungleichheit konzentriere. Auch würden die vielfältigen modernen Familienstrukturen nicht

berücksichtigt. Sie habe den Eindruck, dass sich die Familien viel schneller veränderten und entwickelten als die Politik. Die Politik richte sich vor allem an traditionelle Familien und schließe die neuen Familienformen überwiegend aus.

## Diskussion

Die Diskussion konzentrierte sich auf die Diskrepanz zwischen Kinderwunsch und tatsächlicher Fertilität in Italien sowie auf die geringe Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter.

Auf die Frage nach Zahlen zur väterlichen Elternzeit legte Manuela Stranges dar, dass nur etwa 65 % der italienischen Väter die 10-tägige, voll bezahlte Väterzeit in Anspruch nähmen. Als Hauptgrund identifizierte sie kulturelle Faktoren: Viele Männer fürchteten laut Umfragen berufliche Nachteile oder eine Stigmatisierung. Das traditionelle Bild des männlichen Familienernährers bleibe eine zentrale Barriere für die Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen.

Forschungsergebnisse deuteten zudem darauf hin, dass Männer stärker auf finanzielle Kompensation reagierten als Frauen. Da Väter im Durchschnitt

mehr verdienten, sei der Einkommensverlust ein entscheidendes Hindernis. Eine echte Verhaltensänderung innerhalb der Paardynamik („Gender Behavior“) sei nötig. Fürsorgearbeit werde in Italien nach wie vor gesellschaftlich geringer als Erwerbsarbeit wertgeschätzt.

Manuela Stranges räumte ein, dass sich die strengen gesellschaftlichen Normen in Bezug auf Kinderkriegen gewandelt habe und der Anteil kinderloser Frauen steige. Sie betonte jedoch, dass nach wie vor eine Kluft zwischen dem geäußerten Kinderwunsch und der tatsächlichen Geburtenrate bestehe. Dies würde durch die Tatsache belegt, dass 45 % der Frauen im Alter zwischen 40 und 44 Jahren nach wie vor den Wunsch äußerten, Kinder zu bekommen. Dies würde auch dadurch unterstrichen, dass bei Frauen über 40 jedes dritte Kind mit Hilfe von reproduktionsmedizinischen Behandlungen gezeugt würde. Darüber hinaus ließen immer mehr Frauen ihre Eizellen im Voraus konservieren, was bestätige, dass der Wunsch nach einem Kind oft aus verschiedenen Gründen aufgeschoben würde. Allerdings sei das Einfrieren von Eizellen in Italien nach wie vor sehr teuer: Jeder Zyklus koste 7.000 Euro. Darüber hinaus dürften nur heterosexuelle Paare diese Techniken in Anspruch nehmen.

## Impuls aus Deutschland: PD Dr. Susanne Schultz



Susanne Schultz analysierte aus politisch-soziologischer Sicht die „Demografisierung des Politischen“, auf der Grundlage eines DFG-geförderten Forschungsprojektes zu diesem Thema. Hierbei kritisierte sie, dass Antworten auf komplexe globale Krisen (soziale Ungleichheit, ökologische Zerstörung) in der Debatte oft auf rein quantitative Bevölkerungsdaten reduziert würden. Dabei trete in diesem

Zusammenhang oft ein „methodologischer Nationalismus“ auf, der suggeriere, gesellschaftliche Probleme seien durch die Steuerung von nationalen Geburtenraten oder die Zusammensetzung der Bevölkerung lösbar.

Susanne Schultz erläuterte, wie sich in Deutschland seit den frühen 2000er-Jahren eine selektive pronatalistische Familienpolitik etabliert habe. Dazu zähle auch das 2007 eingeführte Elterngeld, das gezielt Anreize für die qualifizierte Mittelschicht setze, während Transferleistungen für einkommensschwache Gruppen und Menschen ohne deutschen Pass gekürzt oder auf Sozialleistungen angerechnet worden seien. Diese Politik basiere auf einem problematischen Begriff von Humanvermögen, der die Sozialisationsarbeit von Familien und deren Kinder ökonomisch nach Herkunft und Klasse hierarchisiere.

Anschließend warnte sie davor, dass die alarmistischen Diskurse der 2000er-Jahre heute den Boden für extrem rechte Narrative bereiteten. Während offizielle Stellen heute moderater von der Verwirklichung von Kinderwünschen sprächen, bleibe im öffentlichen Diskurs häufig die Verknüpfung von Familienpolitik mit nationalen demografischen Zielen bestehen. Sie erwähnte beispielsweise das Wahlplakat der AfD mit dem Slogan „'Neue Deutsche?' Machen wir selber.“

Sie warnte davor, dass rechte Akteur:innen Narrative des demografischen Rückgangs instrumentalisieren, um eine pronatalistische, rassistische Politik – wie etwa ‚Remigration‘ – voranzutreiben. Dies werfe kritische Fragen nach der Exklusion migrantischer Gruppen und der Instrumentalisierung von Geburtenraten auf. Die politische Forderung und Förderung, „deutsche“ Frauen sollten Kinder für die nationale demografische Entwicklung gebären, bei einer gleichzeitig stattfindenden Diskussionen über das „Stadtbild“ und die Einschränkung des Rechts auf Familiennachzug weise auf den rassistischen Kern der aktuellen Diskussion hin.

## Impuls aus Litauen: Prof. Dr. Lijana Gvaldait



In ihrem Input zur demografischen Lage in Litauen beleuchtete die Vertreterin des 2020 vom Parlament gegründeten Nationalen Familienrates die drastische Bevölkerungsentwicklung des Landes. Seit 1992 sei ein Rückgang von 3,7 auf 2,9 Millionen Einwohner:innen zu verzeichnen. Trotz einer jüngst positiven Nettomigration durch einen verstärkten Zuzug besonders aus der Ukraine und Belarus werde die demografische Lage aufgrund einer sehr niedrigen Fertilitätsrate von 1,18 Kindern pro Frau

## Diskussion

Ein Diskussionspunkt war der demografische Druck auf das Rentensystem. Angesichts steigender Kosten zur Stabilisierung des Rentenniveaus wurde die Frage aufgeworfen, ob rein „mathematische“ Notwendigkeiten nicht doch eine aktive Demografiepolitik erforderten. Susanne Schultz entgegnete, dass die Lösungen vielfältig seien: Statt einseitiger Geburtenförderung, deren Potential zur Lösung des Rentenproblems überschätzt werde, müssten Vermögenssteuern, alternative Rentensysteme und Umverteilung debattiert werden. Ein verengter Fokus auf das quantitative Verhältnis der Generationen übersehe die tiefe soziale Ungleichheit, insbesondere bei Frauen im Niedriglohn- und Pflegesektor.

Zustimmung fand der Befund, dass die Familienpolitik der letzten 20 Jahre bei der Armutsbekämpfung versagt habe. Die Bekämpfung der Kinderarmut habe seit Jahren wenig Erfolg, und dennoch gebe es keine Neujustierung. Es gefährde jedoch langfristig die Demokratie, dass jedes achte Kind in Armut lebe.

im Jahr 2023 und einer starken Alterung der Bevölkerung als besorgniserregend wahrgenommen. Besonders im Blick sei dabei die schrumpfende Gruppe der 14- bis 29-Jährigen. Der Rückgang in dieser Gruppe sei primär auf Emigration zurückzuführen.

Außerdem gebe es einen Trend zur späteren Familiengründung. Das Durchschnittsalter bei Erstgeburten läge aktuell bei 28 Jahren. Hinzu käme, dass die instabile geopolitische Lage und die wirtschaftliche Unsicherheit des Baltikums Auswirkungen auf die Geburtenrate hätten.

Lijana Gvaldait kritisierte vor allem die Fragmentierung der litauischen Familienpolitik. Diese sei aktuell auf 14 Ministerien verteilt und ließe dadurch an Koordination und strategischer Kontinuität vermissen. Zwar gebe es positive Einzelmaßnahmen, wie zum Beispiel ein großzügiges Elterngeld, das universelle Kindergeld oder die Familienkarte für Großfamilien, doch fehle es an einer wissenschaftlichen Evaluierung ihrer Wirksamkeit. Um diesen Heraus-

forderungen zu begegnen, habe der Nationale Familienrat die Wieder-Einrichtung einer zentralen Familienpolitik-Kommission zur besseren Koordination unter den Ministerien sowie die Einführung eines „Family-Friendly Environment Index“ empfohlen. Darüber hinaus habe der Rat betont, dass eine nachhaltige Demografiepolitik über rein finanzielle Anreize hinausgehen müsse. Es bedürfe einer positiven gesellschaftlichen Kommunikation über das Familienleben und die Angebote der Politik sowie einer stärkeren Einbindung von Familienorganisationen als strategische Partner.

## Diskussion

Auf die Frage nach integrierten familienpolitischen Ansätzen betonte Lijana Gvaldait, dass die litauische Familienpolitik bisher fragmentiert sei. Mittlerweile entwickelt sich jedoch eine komplexere Debatte, die über die Kinderbetreuung hinausgeht und auf eine umfassendere Verknüpfung verschiedener Maßnahmen abziele. Darunter befänden sich wirtschaftliche Instrumente, Dienstleistungen, Wohnraum und

andere Formen der Unterstützung sowie sogar ein generationenübergreifenden Ansatz.



Der Nationale Familienrat zielt hierbei darauf ab, Familienpolitik als eigenständiges, ressortübergreifendes Politikfeld zu etablieren. Er sei ein beratendes Gremium des litauischen Parlaments, das die Situation der Familien analysiere und Empfehlungen abgebe. Bei dieser Arbeit treffen unterschiedliche Standpunkte und politische Interessen aufeinander, was es oft schwierig macht, einen Konsens über vorgeschlagene Maßnahmen zu erzielen.

## Impuls aus Tschechien: Prof. Dr. Jiřina Kocourková



Jiřina Kocourková stellte dar, dass die Tschechische Republik einen in Europa einzigartigen Anstieg der zusammengefassten Geburtenziffer auf 1.83 aufwies. Bis 2021 habe sich auch das Durchschnittsalter der Mütter bei der ersten Geburt nicht weiter nach hinten verschoben. Die Bedingungen für eine frühe Familiengründung seien aufgrund eines starken Wirtschaftswachstums sehr günstig gewesen. Für junge Menschen habe es finanziell eine Phase relativer Sicherheit, bezahlbaren Wohnraums und eines wachsenden Systems familienpolitischer

Maßnahmen gegeben. Nach der Pandemie sei Tschechien jedoch mit einer Reihe von Krisen konfrontiert gewesen, darunter eine Energiekrise und eine Inflation, die zu den höchsten in der EU zählte. Trotz Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung werde für 2025 mit einem weiteren Rückgang auf 1,25 Geburten pro Frau gerechnet, was einem Rückgang um ein Drittel innerhalb von vier Jahren entspreche.

In dem Jahrzehnt vor der Pandemie habe es eine Ausweitung der tschechischen Familienpolitik gegeben, die Steuererleichterungen für Familien mit Kindern, eine Steuergutschrift für Vorschulgebühren sowie eine Elterngeldregelung mit großer Flexibilität für die Eltern umfasst hätten. Nach der Pandemie sei es jedoch zu finanziellen Einschränkungen gekommen. Die Steuergutschrift für Vorschulgebühren sei abgeschafft und der Kinderfreibetrag trotz der hohen Inflation nicht erhöht worden. Auf der anderen Seite sei das Elterngeld von 300.000 auf 350.000 CZK erhöht worden (jedoch die Dauer gekürzt).

2023 habe die Regierung eine Strategie für die Familienpolitik bis 2030 mit langfristigen Zielen angenommen. Zudem wurde von Ende 2024 bis Oktober 2025 ein breit zusammengesetztes „Expertenteam für demografische Stabilität“ zur Beratung des Ministeriums für Arbeit und Soziales berufen. Die von Jiřina Kocourková geleitete Expertengruppe war sich einig, dass die politischen Instrumente gestärkt werden müssten, um die wirtschaftlichen Kosten von Familien mit Kindern besser auszugleichen. Wirksame Unterstützungsmaßnahmen für Familien müssten über finanzielle Anreize hinausgehen und stärker ebenso strukturelle Unterstützungen in den Blick nehmen. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehörten u.a. höhere Steuerabzüge für Kinder, einkommensabhängige Elterngeldleistungen bis zu 100 % des vorigen Einkommens, günstige Hypotheken für junge Familien, Ausbau und Systematisierung der frühkindlichen Betreuung sowie eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung von Familien und eine Förderung von stabilen familiären Beziehungen durch öffentliche Kampagnen und Ethikunterricht in den Schulen. Allerdings habe die Regierung die Chance verpasst, die Situation der Familien durch die Umsetzung dieser Empfehlungen zu verbessern. Nach den Parlamentswahlen im Oktober 2025 und dem Regierungswechsel sei eine erhebliche Unsicherheit gegenüber der künftigen politischen Maßnahmen der neuen Regierung entstanden.

## Impuls aus Frankreich: Jérôme Gourod



Der Vertreter des französischen Dachverbandes der Familienorganisationen UNAF (Union Nationale des Associations Familiales), skizzierte die aktuelle Situation in Frankreich. Nach einer historisch hohen

## Diskussion

Die Debatte konzentrierte sich auf die wirtschaftliche Rolle von Familien sowie die Bedeutung stabiler Partnerschaften. So wurde die Frage aufgeworfen, warum das Expertenteam primär die ökonomische Funktion der Familie hervorgehoben habe. Jiřina Kocourková erläuterte, dass die wirtschaftliche Unterstützung das direkteste und wirksamste Instrument der Regierung darstelle, um der multifaktoriellen Fertilitätslücke entgegenzuwirken. Dennoch habe in dem Expertenteam Konsens darüber bestanden, dass die rein ökonomische Betrachtung nicht ausreiche. So wurden auch Empfehlungen zum Wohnen, zum Ausbau von ECEC-/Vorschulbetreuung und besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorgelegt.

Die Einbeziehung von Partnerschaften und Beziehungsstabilität in die demografische Diskussion in Tschechien wurde positiv diskutiert. Da Fertilität in der Regel stabile Partnerschaften und das Finden eines dafür geeigneten Partners voraussetze, wurde die Notwendigkeit betont, den Fokus der Diskussion auf beide Partner zu erweitern. Als Konsequenz müsse die Bedeutung der Kommunikation und Konfliktbearbeitung zwischen Partnern und innerhalb von Familien sowie der Familie als Ort des sozialen Lernens bereits in der schulischen Bildung verankert werden.

Fertilitätsrate sei seit 2014 ein beschleunigter Rückgang zu verzeichnen. Lange Zeit habe Frankreich keine explizite demografische Strategie verfolgt; erst der jüngste, stetige Rückgang habe zu einer politischen Neuausrichtung unter dem Stichwort einer „demografischen Wiederaufrüstung“ geführt. Ein zentraler Kritikpunkt seien die massiven Budgetkürzungen im Bereich der Familien der letzten 14 Jahre: Einsparungen von rund fünf Milliarden Euro bei monetären Leistungen für die Familien. Eine Verkürzung der bezahlten Elternzeit um ein Drittel sowie steigende Kosten für frühkindliche Bildung und Erziehung hätten die Situation verschärft. Diese Einschnitte behinderten zudem die Gleichstellung innerhalb von Paaren.

Die UNAF fordere, Familienpolitiken nicht primär

unter dem Aspekt der Bevölkerungsentwicklung zu entwickeln, sondern die tatsächlichen Unterstützungsbedarfe von Eltern zu ermitteln und davon auszugehen. Umfragen von UNAFs Family Observatory zeigten, dass der Kinderwunsch mit durchschnittlich 2,3 Kindern stabil geblieben sei, die Realisierung jedoch an finanziellen Hürden, fehlenden Betreuungsplätzen und mangelnder Vereinbarkeit scheitere. Die Familienpolitik solle darauf abzielen, Familien dabei zu unterstützen, der von ihnen gewünschten Kinderzahl näher zu kommen. Die Kernbotschaft laute: Wirksame Familienpolitik erfordere Investitionen in finanzielle Unterstützung und Infrastruktur, um die Lücke zwischen Kinderwunsch und Realität zu schließen.

## Diskussion

Die anschließende Diskussion behandelte familienpolitische Sparmaßnahmen und deren Einfluss auf die Geburtenrate sowie die Bereitschaft zur Bildung von Partnerschaften. So wurde nach dem zeitlichen Zusammenhang zwischen den Sparmaßnahmen und dem Rückgang der Geburtenrate in Frankreich ge-

fragt. Jérôme Gourod legte dar, dass der signifikante Rückgang der Fertilität etwa im Jahr 2014 einsetzte – kurz nach dem Beginn systematischer Budgetkürzungen im Familienbereich.

Ein Teilnehmer fragte, ob es während der vergleichsweise hohen Geburtenraten in Frankreich eine offizielle Demografiestrategie gab. Jérôme Gourod verneinte dies und verwies darauf, dass die Politik keine Notwendigkeit für eine Strategie oder gezielte demografische Maßnahmen gesehen habe. Die französische Familienpolitik sei strukturell stark aufgestellt und gut finanziert gewesen, habe jedoch keine offiziellen demografischen Zielvorgaben verfolgt.

Neben den finanziellen Rahmenbedingungen habe die Umfrage von UNAF jedoch auch gezeigt, dass der Kinderwunsch von der Partnerschaftsbildung abhängt. Viele Befragte äußerten zwar die grundsätzliche Bereitschaft zur Familiengründung, scheiterten jedoch bereits an der stabilen Paarkonstellation, was die Notwendigkeit unterstreiche, Familienpolitik über rein finanzielle Aspekte hinaus ganzheitlich zu denken.

## Abschluss – Den demografischen Wandel familiengerecht und inklusiv gestalten

Dr. Andreas Edel, Population Europe, Berlin



Andreas Edel übernahm die Aufgabe, die Diskussionen des Tages zu resümieren. Er stimmte ausdrücklich zu, dass es unterschiedliche Interpretationen der Herausforderungen des demografischen Wandels und keine universelle Ideallösung gäbe. Man solle nicht den Versuch unternehmen, zu überholten Gesellschaftsmodellen zurückzukehren. Angesichts der Vielfalt moderner Lebensentwürfe und regionaler Unterschiede betonte er, dass die Politik die individuelle Wahlfreiheit bei den Familienformen und der Zahl der Kinder respektieren müsse. Die jüngere Generation werde sich in dieser Frage ohnehin keine staatlichen Vorschriften machen lassen.

Als drängende strukturelle Probleme identifizierte er Ungleichheiten wie die geschlechterspezifischen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt und im Rentensystem, die Aufteilung der familialen Care-Arbeit usw. Hinzu kämen der Fachkräftemangel etwa im Gesundheitssystem sowie die generelle Instabilität der Rentensysteme, die eine grundlegende Modernisierung innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte unumgänglich machten. Gleichzeitig werde das Arbeitskräftepotential von vielen Frauen, Migrant:innen, Älteren sowie Menschen ohne Abschluss noch nicht voll ausgeschöpft. Aktuell würde wieder eine Austeritätspolitik drohen, so dass die

Herausforderungen nicht durch die Verteilung großer finanzieller Mittel überwunden werden könnten.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, plädierte Andreas Edel für ein umfassendes strategisches Vorgehen, das viele Politikbereiche und Maßnahmen einschließe: Weg von punktuellen finanziellen Anreizen oder einer „Werbung für das Kinderkriegen“, hin zu Investitionen in die soziale Infrastruktur für Familien. Ein verlässliches Unterstützungssystem in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung und Wohnraum sowie Zugang zum Arbeitsmarkt bilde die notwendige Basis, damit junge Menschen eine freie und tragfähige Entscheidung für – oder eben auch gegen – eigene Kinder treffen könnten. Flankiert werden sollte dieser Ausbau durch ein positives gesellschaftliches Narrativ, das kulturelle Faktoren und verschiedene Lebensstile wertschätzend integrieren sollte. In Deutschland seien bereits viele Leistungen für junge Familien verfügbar, auch wenn es da und dort Verbesserungsbedarf gebe.

Er hob auch die Bedeutung einer datengestützten Evaluation hervor, um die tatsächliche Wirksamkeit politischer Maßnahmen sicherzustellen und die Familienpolitik auf ein noch tiefgründigeres evidenzbasiertes wissenschaftliches Fundament zu stellen.

Abschließend wies er darauf hin, dass es einen Missbrauch der wissenschaftlichen demografischen Diskussion bedeute, wenn mit vermeintlich demografischen Argumenten antimigratorische Forderungen und oder gar eine individuelle Pflicht zur Steigerung der Geburtenrate begründet werden sollten. Unsere Gesellschaft müsse stattdessen offener und kinderfreundlicher gestaltet werden, damit das „großartige Leben mit Kindern“ für Eltern im Alltag einfacher umzusetzen sei.

## Europäisches Fachgespräch Demografische und familienpolitische Diskurse und Politikpraxen in Europa

Datum: 17. November 2025, 10:00h – 17:00h

Ort: Sozialbank-Konferenzzentrum Centre Monbijou, Oranienburger Str. 13-14, 10178 Berlin

Simultanübersetzung EN-GER

### Programm:

ab 10.00h **Ankommen**

10.30h **Begrüßung**  
Sven Iversen, Geschäftsführer der AGF

#### Setting the scene:

- Demografischer Wandel in Europa. Zwischen sinkenden Geburtenraten, steigender sozialer Ungleichheit und politischem Handlungsbedarf  
Nicole Hiekel, Max-Planck-Institut für Demografische Forschung (MPIDR)
- Annäherung der Muster der Bevölkerungspolitik und des demografischen Diskurses in Europa?  
Anna Rotkirch, Population Research Institute, Family Federation of Finland

Fragen und Diskussion

#### Die Europäische Union und ihre Strategie zum Umgang mit dem demographischen Wandel

- Marco La Marca, Mitglied des Arbeitsstabs von Dubravka Šuica – Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie, Europäische Kommission

Fragen und Diskussion

13.00h – 14.00h **Mittagspause**

14.00h **Familienpolitische und demografische Politiken und ihren Implikationen in EU-Staaten mit Inputs aus:**

- Italien: Manuela Stranges
- Deutschland: Susanne Schultz
- Litauen: Lijana Gvaldaitė
- Tschechien: Jiřina Kocourková
- sowie weiteren Kurzbeiträgen der Teilnehmenden

#### Ausblick: Demographischen Wandel familiengerecht und inklusiv gestalten

- Andreas Edel, Population Europe, Berlin

Abschlussdiskussion

17.00h **Verabschiedung**

# Impressum

Herausgeberin:

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V.

Redaktion:

Lars Vogelsang,  
AGF-Geschäftsstelle

Fotos: AGF e. V.

Layout und Satz:

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e. V.

März 2026

Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend